

«Bedürftige werden zu Renitenz gezwungen»

Sozialhilfe Der Kantonsrat verschärfte gestern das Sozialhilferecht. Die Debatte bot einen Vorgeschmack auf die anstehende Totalrevision des Sozialhilfegesetzes.

Liliane Minor

Es dürfte eine der wichtigsten Debatten in der kommenden Legislatur werden, und es ist schon jetzt absehbar, dass Welten aufeinanderprallen werden, wenn das neue Sozialhilfegesetz aus dem Hause Mario Fehr (SP) im Kantonsrat beraten wird. Denn es geht um Geld, natürlich, aber auch um Grundhaltungen.

Einen Vorgeschmack bot die gestrige Debatte im Parlament. Drei parlamentarische Initiativen standen auf der Traktandenliste, deren Titel allesamt mit «Kein» begannen: «Keine selbstständige Anfechtung von Auflagen und Weisungen in der Sozialhilfe», «Keine Finanzierung universitärer Ausbildung durch die Sozialhilfe» und «Keine Besserstellung von Sozialhilfebezügerinnen gegenüber Arbeitenden». Urheber der ersten beiden Initiativen war die SVP, hinter der dritten stand die EDU.

Eingriff in die persönliche Freiheit

Für jene, die Sozialhilfe beziehen, ist vor allem der erste Entscheid von grosser Bedeutung. Bisher galt: Wenn die Sozialbehörde Auflagen oder Weisungen verfügte, etwa wenn sie die Teilnahme an einem Arbeitsintegrationsprogramm oder den Eintritt in eine betreute Institution anordnete, so konnte die betroffene Person dagegen Einsprache erheben. Solange das Verfahren nicht abgeschlossen war, blieb die Auflage sistiert.

Dieses Recht, so hat der Kantonsrat mit 108:61 Stimmen beschlossen, entfällt. Sozialhilfebeziehende können sich in Zukunft erst dann auf dem Rechtsweg wehren, wenn das Sozialamt Massnahmen, sprich Leistungskürzungen beschliesst, weil sich der Bezüger nicht an die Auflagen gehalten hat. Erst dann ist eine Einsprache gegen die Kür-

zung und damit verbunden gegen die Auflage selbst möglich.

Das sei, sagte Initiativ Benedikt Hoffmann (SVP, Zürich), keineswegs als Rechtsabbau zu verstehen: «Es geht nur um ein schlankeres Verfahren.» Bisher hätten die Betroffenen nämlich zweimal Einsprache erheben können: zuerst gegen die Verfügung selbst, danach gegen die Massnahmen bei einem Verstoss gegen die Verfügung. Dieses zweistufige Vorgehen sei zu umständlich. Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) sagte, es kom-

«Es geht nicht um einen Abbau der Rechte für Bezüger von Sozialhilfe, sondern um ein schlankeres Verfahren.»

Benedikt Hoffmann (SVP)

me immer wieder vor, dass zum Beispiel ein reservierter Platz in einem Programm anderweitig vergeben werde, weil sich die dafür vorgesehene Person gegen die Teilnahme wehre.

Für die Ratslinke ist die Änderung ein Unding. «Sie zwingen die Bezüger damit dazu, renitent zu sein, damit sie eine Auflage überprüfen lassen können», sagte Kaspar Bütikofer (AL, Zürich). Die angebliche Verschlinkung stehe in keinem Verhältnis zum Eingriff in die persönliche Freiheit. Kathy Steiner (Grüne, Zürich) sah das gleich: «Es geht nur darum, Sozialhilfebezüger in die Schranken zu verweisen.» Beat Bloch (CSP, Zürich) sagte, er sehe auch für die Behörden nicht den geringsten Nachteil darin, wenn gleich von Anfang an geklärt

werden könne, ob eine Auflage rechtens sei.

Mit dieser Meinung liefen SP, Grüne, AL und EVP auch bei Sicherheitsdirektor Mario Fehr auf. Er sprach sich für die Initiative aus – im neuen Sozialhilfegesetz, das noch bis zum Dezember in der Vernehmlassung ist, ist die Regel ebenfalls vorgesehen. Bleibt sie drin, wird sich die Ratslinke wehren.

Festschreiben, was sowieso Praxis ist

Anders sah es mit dem zweiten SVP-Vorstoss aus, «keine Finanzierung universitärer Ausbildung». Fehr war, wie die Ratslinke und die CVP, dagegen. Wobei der Titel der Initiative etwas irreführend ist: Faktisch wird darin nur verlangt, dass Studierende Stipendien beantragen müssen. Diese müssen von Gesetzes wegen existenzsichernd sein.

Genau deshalb sei der Vorstoss völlig unnötig, fanden die Gegner. Schon heute zahle die Sozialhilfe nur in Ausnahmefällen für ein Studium. «Das Stipendienwesen funktioniert sehr gut», sagte Lorenz Schmid (CVP, Männedorf). Die Ratsmehrheit schloss sich der Haltung von Cyrill von Planta (GLP, Zürich) an, der sagte: «Mag sein, dass sich nichts ändert, aber es schadet nicht, den Grundsatz deutlich im Gesetz zu haben.» Der Vorstoss wurde mit 100:68 Stimmen überwiesen.

Keine Chance hatte die parlamentarische Initiative der EDU, die unter dem Titel «Keine Besserstellung von Sozialhilfebezügerinnen gegenüber Arbeitenden» verlangte, die Sozialhilfe dürfe keine Ferien finanzieren und nur zwingend nötige medizinische Behandlungen. Einzige die SVP sprach sich dafür aus; die anderen Parteien betonten, was die EDU verlange, sei heute schon der Fall. Die Initiative wurde mit 102:60 Stimmen abgelehnt.

Der Kantonsrat bremst das Musical über Alfred Escher aus

Jubiläum 1,5 statt 2 Millionen, um Escher und Keller zu feiern.

Alfred Escher (1819–1882) war ohne Zweifel ein grosser Mann, gilt als der Schweizer Eisenbahnkönig, hatte massgeblichen Anteil an der Gründung der ETH und der Credit Suisse und engagierte sich an vorderster Front für den Bau des Gotthard-Eisenbahntunnels. «Doch als Familienvater und Ehemann war er ein Totalversager», sagte Esther Guyer (Grüne, Zürich) an der gestrigen Kantonsratssitzung. Diskutiert wurde, ob das Parlament aus dem Lotteriefonds zwei Millionen Franken für das 200-Jahr-Jubiläum von Alfred Escher und Gottfried Keller sprechen soll. Dieses findet 2019 statt.

Auch vonseiten der SP wurde bemängelt, dass nicht nur jubiliert, sondern auch kritisiert werden sollte. «Nicht alle Projekte Eschers sind in jeder Hinsicht gelungen», gab Markus Bärtschiger (SP, Schlieren) zu bedenken. Dass der Beitrag umstritten war, hatte aber nichts mit dem Scheitern einiger Unternehmen Eschers oder dessen fehlender Sozialkompetenz zu tun.

«Zu wenig ausgereift»

Die Hauptkritik des Rates traf das grösste der zwanzig ausgewählten Projekte: das Musical «Escher – De König vo Züri!». Für diese Produktion war eine halbe Million Franken vorgesehen. Das Konzept überzeuge nicht, begründete Beatrix Frey (FDP, Meilen) als Präsidentin der Finanzkommission den Antrag der Kommissionsmehrheit, den Posten zu streichen. «Zu wenig ausgereift», fand ihr Parteikollege Peter Vollenweider (Stäfa).

Farid Zeroual (CVP, Adliswil) wandte ein, dass es sich dabei um das Projekt mit der grössten Breitenwirkung handle und Alfred Escher sonst bei den Aktivitäten im Jubiläumjahr gegenüber Gottfried Keller stark ins Hintertreffen gerate. Es nützte alles nichts: Nur die EVP liess sich überzeugen. Das Parlament reduzierte den Betrag mit 147 zu 14 auf 1,5 Millionen Franken.

Der ehemalige Zürcher Staatschreiber Beat Husi ist der Präsident des Vereins 200 Jahre Alfred Escher und Gottfried Keller. Er verweist auf die prominent



Alfred Escher mit Tochter Lydia um 1867. Foto: Graphische Sammlung ZB

besetzte Vergabekommission, welche die Projekte prüfte. Darin vertreten sind etwa der ehemalige Zürcher Kulturchef Jean-Pierre Hoby oder die ehemalige Direktorin der Zentralbibliothek Susanna Bliggenstorfer.

Gute Referenzen

Dem Vereinsvorstand sei versichert worden, dass die Verantwortlichen für das Musical in der Branche einen guten Ruf haben, sagte Husi. Auch sei das Drehbuch von Escher-Biograf Josef Jung begutachtet worden. Kulturmanager Peter Marschel, der Präsident des Fördervereins, der hinter dem Musical steht, ver-

steht dementsprechend die Welt nicht mehr. «Wir hätten die Person Escher in allen Facetten ausgeleuchtet, und die Expertenkommission gab uns gute Noten, ich kann mir nicht erklären, weshalb die Finanzkommission das anders sieht.»

Seit einem Jahr steht das Libretto, viele Lieder und die Bühnenbilder sind fertig, eine Viertel Million Eigenmittel sind bereits geflossen. Man habe sie im guten Glauben gelassen, dass das Geld gesprochen werde, sagt Peter Marschel. «Nun stehen wir vor einem Scherbenhaufen.»

Helene Arnet

Gesehen & gehört

Zugeknöpfte Verlierer und eine neue Präsidentin

Die Stimmung im Parlament ist flau. Die Abstimmungsniederlagen schmerzen links und rechts.

Sie winden sich, geben sich wortkarg. Die Kantonsrätinnen und Kantonsräte beider Pole kommentieren den Abstimmungssonntag lustlos. Zu viel haben sie verloren, zu wenig gewonnen. «Nicht mein Thema», sagt SVPler Claudio Schmid und meint die Selbstbestimmungsinitiative aus der Feder seines Parteikollegen Hans-Ueli Vogt. Sie sei zu akademisch, schwer vermittelbar gewesen. Er schwenkt lieber zu den Sozialdetektiven, bei denen das Volk zum Glück ja richtig entschieden habe.

Das betont auch SVP-Fraktionschef Martin Hübscher, Landwirt aus Wiesen-

dangen. Er versucht, die Niederlage wegzulächeln. Die SVP habe zweimal richtig Freude, sagt er. Die Hornkuhinitiative sei abgelehnt, die Sozialdetektive seien angenommen. Zur eigenen Initiative sagt er: «Es ist uns nicht gelungen, einzubringen, was wir meinen.»

Doch ausgerechnet der Erfolg dieser Initiative wäre so wichtig gewesen, vor allem im Hinblick auf das Wahljahr 2019. Siegen wäre besser gewesen als verlieren. Das wussten Parteistrategen längst. So heizte Nationalrat Gregor Rutz an der Parteiversammlung vor einem Monat den Mitgliedern ein, forderte Einsatz: «Das ist eine Weichenstellung für die Schweiz und für die SVP.»

Kantonsrätin Nina Fehr Düsel sieht das weniger dramatisch und im Abstimmungsergebnis kein Zeichen für die Zukunft. Zu denken gibt ihr aber, wie die Verbündeten der Partei, FDP und Economiesuisse, die SVP in dieser Frage im Stich gelassen hätten.

Mit der SVP mitfühlen, zumindest was das Verlieren angeht, kann auch die Stadtzürcher SP. Sie wehrte sich erfolglos gegen das Fussballstadion auf dem Hardturm. Kantonsrätin Sylvie Matter verschränkt die Arme, sagt: «Es ist schade, wenn man verliert. Aber wir werden es hinnehmen. Die Leute wollen dieses Stadion.» Auch andere akzeptieren das Stadion-Ja nur

missmutig. Die Grüne Gabi Petri hält es für «eine ungenutzte Chance, das Quartier stadtverträglich und im grünen Sinne weiterzuentwickeln». Sie sei nicht frustriert, nur desillusioniert: Der rot-grüne Stadtrat habe sich von den Investoren einspannen lassen. Sogar FDP-Kantonsrat und Fussballfan Alexander Jäger runzelt die Stirn. Das neue Stadion ist ihm zu klein: «Es kann doch nicht sein, dass St. Gallen ein grösseres hat, als Zürich bekommen wird.» Immerhin: Die meisten sind froh, dass die Stadion-Frage endlich geklärt ist. Und man sich wieder Wichtigerem widmen könne, wie Andrew Katumba von der SP sagt. Er hofft, dass die Niederlage

seiner Stadtpartei bald ganz und gar vergessen ist.

Einen unvergesslichen Tag hat hoffentlich Lia Allegra Mischol erlebt. Die Tochter von SVP-Kantonsrat Tumasch Mischol durfte ihren Vater am Montag ins Parlament begleiten. Für sie eine Art Zukunftstag, für ihn «gelebte Frauenförderung». Ob die Zehnjährige deshalb in die Politik einsteigt, wird sich zeigen. Ein Ziel für die Zukunft hat sie bereits: In der Pause durfte sie auf den Platz am Ratspräsidentin Yvonne Bürgin (CVP) sitzen. Das hat ihr so gefallen, dass sie sagt: «Dort würde ich später gerne wieder hin.»

Marisa Eggli

Aus dem Kantonsrat

Dank an die kirchlichen Körperschaften

Beitrag Der Rat genehmigte für die Jahre 2020 bis 2025 ohne Gegenstimme 300 Millionen Franken für die fünf anerkannten kirchlichen Körperschaften. Abgegolten werden damit deren gesamtgesellschaftliche Leistungen. Dieses Geld sei mehr als gut investiert. Der Rat dankte insbesondere den vielen Freiwilligen, welche sich in diesen Institutionen engagieren. (net)

Gegen kantonales Betreibungsregister

Bundessache Mit 152 zu 14 Stimmen wurde das Ansinnen der GLP, ein zentrales Betreibungsregister einzuführen, verworfen. Zwar war sich der Rat einig, dass die Situation unbefriedigend sei und das Belangen von Schuldnern erschwere, doch sei dies auf nationaler Ebene zu lösen. (net)